

Prinz Michael: «Ein unzulässiger Eingriff in die persönliche Freiheit»

Im Kampf gegen den Terror will die EZB grössere Banknoten abschaffen, zum anderen eine Bargeld-Obergrenze einführen. Dem Ganzen steht der Präsident des Think Tanks European Center of Austrian Economics Foundation, Prinz Michael von und zu Liechtenstein, kritisch gegenüber. Er wagt im Gespräch mit der «Liewo» eine Einschätzung der Gefahrenlage.

von Michael Winkler

Durchlaucht, wie weit ist die Entwicklung in Sachen Bargeldverbot fortgeschritten? Was bedeutet «Bargeldverbot» bzw. «Bargeld-Obergrenze» in der Praxis?

Michael von und zu Liechtenstein: Thema ist nicht ein grundsätzliches Bargeldverbot, sondern Obergrenzen für Bargeldnutzung und eine Bargeldabschaffung, wobei zu Beginn die grösseren Scheine zur Debatte stehen. Gerade in Skandinavien ist die Diskussion um die Bargeldabschaffung weit gediehen. Auch wichtige Entscheidungsträger wie der deutsche Finanzminister fordern, grosse Euroscheine abzuschaffen. Obergrenzen für Barzahlungen gibt es bereits in einigen europäischen Ländern, wie Frankreich und Italien.

Was leitet die Ideengeber in ihrem Vorhaben? Welche Vorteile wären mit einer Bargeldabschaffung verbunden?

Führende Volkswirtschaftler, Banker und Politiker fordern sie. Die Wissenschaft begründet, dass konsumieren wichtiger als sparen ist, um die Konjunktur am Laufen zu halten. Null- oder Negativzinsen entmutigen Sparrer. Bargeld kann jedoch zu Hause gehortet werden, um Negativzinsen zu vermeiden. Diese Ausweichmöglichkeit soll

durch Bargeldabschaffung verhindert werden. Die Theorie ist, dass Sparrer dann eher konsumieren. Auch wird argumentiert, dass Bargeld unhygienisch ist, Wechselläufe an Supermarktkassen zeitraubend sind und dass Zahlungen am Schwarzmarkt und damit verbunden auch Steuervermeidung verunmöglicht würden.

Banker sehen Kosteneinsparungen in der Abwicklung und eine bessere Kontrolle des Kundenverhaltens. Politiker argumentieren primär mit der Terrorismusbekämpfung und Steuerhinterziehung. Die Möglichkeit, dass sich mit der Bargeldabschaffung besser in die finanzielle Privatsphäre des Einzelnen einsehen lässt, verschweigen sie.

Ist dieses Mittel im Kampf gegen den Terror eine valable Massnahme oder ein vorgeschobenes Argument, um Bürger auszuleuchten?

Terrorismus bedarf wenig Finanzmittel. Bargeldabschaffung wird keine Terroranschläge verhindern und ist als Präventionsmassnahme untauglich. Der Bargeldbedarf von Terroristen liegt in normalen Bereichen. Ob es im Nachhinein hilft, Zusammenhänge aufzudecken, ist bei der Professionalität, mit der Terroristen ihre Taten ausüben, fraglich. Hilfreicher wäre, professionell in Terrorzellen einzudringen, anstatt auf Telekommunikationsüberwachung und Kontrolle der Zahlungsströme aller Bürger zu setzen.

Was wären negative Folgen? Wie kann man sich als Bürger wehren?

Niedrig- und Negativzinsen vernichten Sparguthaben und haben insbesondere fatale Auswirkungen auf Pensionsguthaben. Die USA, Europa und Japan wenden dieses Mittel zur Konjunkturförderung seit Jahren an und wollen es fortsetzen, obwohl es nie hinreichend erfolgreich war und die Wirkung immer geringer wird. Das Resultat solcher Zinsen wird sein, dass Altersguthaben schmelzen, was zu Altersarmut führt.

Der Zwang, Guthaben auf Bankkonten zu führen, die Negativzinsen



FOTO: ARCHIV

ausgesetzt sind, ist eine totalitäre Massnahme. Sie engt die Verfügungsfreiheit der Bürger entscheidend ein. Zudem führt diese zu einem Verlust der Privatsphäre und erlaubt Behörden, Institutionen und Dritten einen unzulässigen Einblick in das Leben des Einzelnen. Es ist wichtig, dass die Öffentlichkeit sich der Gefahr der schleichenden Bevormundung bewusst wird und diese ablehnt, auch wenn eine Illusion von «Sicherheit vor Terroristen» vermittelt wird. Die Einstellung «Ich habe nichts zu verbergen, daher kann ich ruhig kontrolliert werden» ist eine Einladung zum Macht- und Informationsmissbrauch.

Welche Folgen hätte es für die Schweiz und Liechtenstein, würde die EU beschliessen, Bargeld abzuschaffen? Müsste die SNB nachziehen?

In der Eurozone würde es wahrscheinlich zu einer weiteren Flucht in den Schweizer Franken führen, insbesondere in Franken-Bargeld. Es ist sehr schwierig, die Konsequenzen zu beurteilen. Ich kann mir vorstellen, dass dann seitens EU gewünscht wird, dass die Schweiz nachzieht, was starken Druck auf die Schweiz auslösen würde. Eine vollständige Bargeld-

abschaffung wäre in der Schweiz aber rechtlich sicher ein Problem. Ich bin zwar kein Jurist, jedoch könnte ein solcher Druck auch dazu führen, grössere Scheine abzuschaffen. Und damit dazu, dass die Rolle des Bargelds schrittweise verringert wird. Sollte es im Zuge einer exzessiven Bargeldeinschränkung in der Eurozone zu einem «run» auf Franken-Banknoten kommen, könnte die SNB gezwungen sein, Einschränkungen zu erlassen.

Angesichts niedriger Zinsen hat so mancher begonnen, Bargeld zu horten. Erfährt Bargeld aufgrund dieser Entwicklung immer mehr Wert?

Bargeld ist geprägte Freiheit, wie der deutsche Volkswirtschaftler Lars Feld treffend ausgedrückt hat. Es ist wichtig, um sich in einem überwachungsreifen Raum bewegen zu können. Und es wird gerade von mittleren und kleineren Sparern geschätzt, damit Erspartes nicht von Negativzinsen aufgefressen wird. Der Zwang zum Konsum, der mit Negativzinsen ausgelöst werden soll, ist ein unzulässiger Eingriff in die persönliche Freiheit. Der volkswirtschaftliche Nutzen ist bestenfalls kurzfristig, der langfristige Schaden aber dramatisch.

PERSÖNLICH

→ **Prinz Michael von und zu Liechtenstein**, Jahrgang 1951, ist Stiftungsratspräsident des in Vaduz ansässigen liberalen Think Tanks European Center of Austrian Economics Foundation (ECAEF); Chairman des auf langfristigen Vermögenserhalt spezialisierten liechtensteinischen Treuhandunternehmens Industrie- und Finanzkontor Ets. und Gründer und Chairman der geopolitischen Beratungs- und Informationsplattform Geopolitical Information Service AG.

Weitere Infos:
www.ecaef.li,
www.iuf.li
www.geopolitical-info.com